

Zeitschrift der Union Europäischer Föderalisten (UEF), des Bundes Europäischer Jugend (BEJ) Oberösterreichs und des Europahauses Linz, Ausgabe 2013; € 1,- ; 4010 Linz, Postfach 384

„Figur im Licht“ nennt die Fotokünstlerin HELMA COENEN (Frankfurt) ihre Darstellung. (Foto M. Harant)

Bericht auf Seite 8

Europawahlen 2014

Beim Kamingespräch 2013 im Bildungszentrum St. Madgalena bei Linz standen am 16. November die Direktwahlen zum Europäischen Parlament (EP) zur Diskussion. Es ging auch um Fragen: „Wie geht es weiter mit Europa?“, „Was macht Europa eigentlich für uns?“, „Was können Wahlen zum Europäischen Parlament bewirken?“

Anlass der Diskussion ist die Direktwahl zum Europäischen Parlament, am 25. Mai 2014 in Österreich. Für viele Menschen ist die EU abstrakt und weit weg. Sie haben das Gefühl, Europa geht sie nichts an - ihre Stimme zählt nicht. Entscheidungen die auf europäischer Ebene getroffen werden bestimmen nicht nur wie die Zukunft in Europa gestaltet wird, sondern betreffen auch die Zukunft der Regionen und Mitgliedstaaten immer mehr. Die Möglichkeiten der Partizipation bietet das EP auch durch seine Direktwahl. So wird es letztlich ermöglicht, darüber mitzubestimmen, wie sich Europa in Zukunft entwickelt.

Der Leiter des Informationsbüros des EP für Österreich Mag. Georg Pfeifer brachte in seinem Einleitungsvortrag zum Ausdruck, dass seit den ersten Direktwahlen 1979 das EP durch seine demokratische Legitimation laufend um einen Machtzuwachs kämpfte. Durch die Verträge von Maastricht, Amsterdam, Nizza und Lissabon ist die Situation heute so, dass EP und Rat bei Gemeinschaftsmaterien gleichberechtigt mitentscheiden.

Das EP übt die demokratische Kontrolle über die Tätigkeiten von Rat und Kommission aus und ist zusammen mit dem Rat der Europäischen Union Haushaltsbehörde, wobei es aber nur über die Ausgaben mitbestimmt. Bei der Ernennung der Kommissare der EU-Kommission, insbesondere auch des Kommissionspräsiden-

ten, muss das EP zustimmen. Bei den Außenbeziehungen können völkerrechtliche Verträge der Gemeinschaft wie zum Beispiel Beitrittsbeschlüsse und Assoziierungsabkommen nur in Kraft treten, wenn das EP zugestimmt hat. Das EP wählt einen Bürgerbeauftragten und jeder EU-Bürger kann sich schriftlich mit Bitten oder Beschwerden (Petitionen) an das EP wenden.

MdEP Dr. Paul Rübig ist im Haushalts- sowie im Haushaltskontrollausschuss, im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie, in der Delegation für die Beziehungen zur Schweiz und zu Norwegen, in der Delegation für die Beziehungen mit dem Maghreb und der arabischen Halbinsel sowie in den gemischten parlamentarischen Ausschüssen EU-Island und Europäischer Wirtschaftsraum tätig.

Rübig ist erfreut, dass das neue Rahmenprogramm für Forschung und Innovation für den Zeitraum 2014-2020 - „Horizont 2020“ - nun steht. Ebenso wurde im Rahmen dieses Programmes auch die strategische Ausrichtung des Europäischen Institutes für Innovation und Technologie festgelegt. Dieses Forschungsprogramm ist einer der größten Erfolge der letzten Jahre, weil Europa nur durch Forschung und Innovation weltweit konkurrenzfähig bleiben kann und auch so neue Beschäftigung geschaffen

...Fortsetzung auf Seite 2

Europatag 2013 im Zeichen der Bürgerrechte

Landesrat Mag. Dr. Michael Strugl appelliert zum Europatag 2013: „Aufzeigen, was das gemeinsame Europa für die Bürger/innen bedeutet“



Landesrat Mag. Dr. Michael Strugl

„Laut Umfragen fühlen sich nur rund sechs von zehn Österreichern/innen mit der EU verbunden. Wir müssen daher die vielen Möglichkeiten, die sich den Bürgern/innen durch das gemeinsame Europa bieten, in den Vordergrund rücken“, betonte Wirtschafts- und Europa-Landesrat Dr. Michael Strugl.

Die Europäische Union hat das Jahr 2013 zum „Jahr der Bürgerinnen und Bürger“ ausgerufen. Damit sollen die vor 20 Jahren durch den Vertrag von Maastricht eingeführte Unionsbürgerschaft, ihr Mehrwert und Nutzen und die damit verbundenen Rechte für die Bürger/innen thematisiert werden. Dazu ist eine neue Broschüre erschienen, die anlässlich des Europatages am 9. Mai präsentiert wurde.

Ziel dieser Publikation mit dem Titel „Sie haben Recht“ ist es einerseits, über wesentliche Rechte als EU-Bürger aufzuklären, andererseits zu sensibilisieren und ein größeres Bewusstsein für diese Rechte zu schaffen. Die behandelten Themen reichen vom Wahlrecht, dem Recht auf eine Europäische Bürgerinitiative über die Grundrechte in der EU, die Rechte im Europäischen Binnenmarkt bis zum Recht auf Gesundheitsversorgung in anderen EU-Staaten.

Die Broschüre wurde vom Außenministerium, der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich und dem Europe Direct-Netzwerk gemeinsam erstellt und kann beim EuropeDirect OÖ Büro kostenlos bestellt werden. Außerdem steht sie unter www.europainfo.at zum Download zur Verfügung.

Europawahlen 2014

...Fortsetzung von Seite 1

wird. Es ist auch für die kleinen und mittleren Betriebe (KMU) mitgedacht worden, welche ebenso vom Rahmenprogramm „Horizont 2020“ profitieren können. Innovation in den KMUs stellt eine ganz zentrale Herausforderung dar, weil sich innovative KMUs besser in die internationale Wert schöpfungskette integrieren können und den großen internationalen Leitbetrieben dementsprechend leistungsfähige Zulieferer sein können.

MdEP Dr. Josef Weidenholzer, der im Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres und im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz tätig ist, der Delegation in den Ausschüssen für parlamentarische Kooperation EU-Kasachstan, EU-Kirgistan und EU-Uzbekistan sowie für die Beziehungen zu Tadschikistan, Turkmenistan und der Mongolei und der Delegation für die Beziehungen zum Iran angehört, informierte über die aktuelle Arbeit.

Weidenholzer berichtete über die „Verordnung zu Basisinformationsblättern für Anlegerprodukte“ des EP. Durch diese Verordnung sind die Anbieter von Finanzprodukten verpflichtet, künftig standardisierte Informationen zur Verfügung zu stellen. Dieser Infozettel soll mehr Transparenz bringen, da die Produktinformationen in verständlicher Sprache angeboten werden müssen.

Er sieht in der Stärkung des Europäischen Sozialfonds (ESF) zum Zweck der Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit, Armut und sozialer Ausgrenzung in Frankreich, Italien und Spanien durch eine Aufstockung der Mittel für 2013 in der Höhe

Kamingespräch St. Magdalena 2013

Dr. Josef Weidenholzer und Dr. Paul Rübig berichten aus dem Europäischen Parlament

von 150 Mio. EURO eine erfolgversprechende Investition. Rigide Sparmaßnahmen führen – wie man auch am Beispiel Griechenlands sieht – zu einer Spirale nach unten, die kaum aufzuhalten ist. Auch „Erasmus für alle“ ist eines der erfolgreichsten und bekanntesten Programme der Europäischen Union. Millionen von jungen Menschen werden auch in den nächsten sieben Jahren durch diese Förderungen die Möglichkeit haben, sich weiterzubilden

„In Zeiten globaler Krisen führt nur die Vertiefung der europäischen Integration zum Erfolg, sicher nicht nationale Alleingänge. Das Projekt wird nur gelingen, wenn es demokratisch legitimiert ist und von den Menschen unterstützt wird. Die Stärkung des Europäischen Parlaments bei der Regierungsbildung, beim Initiativrecht und mehr Entscheidungskompetenz über Einnahmen ist Voraussetzung für einen Weg aus der Krise.“

und internationale Erfahrungen zu sammeln. Für das krisengeschüttelte Europa, mit Rekord-Jugendarbeitslosigkeitsquoten, sind Investitionen in Jugend, Beschäftigung, Bildung und Innovation wichtiger denn je. Wir geben jungen Menschen mit ERASMUS+ nicht nur die Chance auf eine bessere Zukunft, sondern ebnen auch den Weg für eine „europäische“ Generation, die international vernetzt ist. Umso wichtiger ist es daher, darauf zu achten, dass Förderungen für alle gleichermaßen zugänglich und nicht sozial selektiv sind. Elemente, wie beispielsweise die Studierendendarlehen, dürfen lediglich Zusatzmaßnahmen sein



Das Europäische Parlament in Strasbourg. Foto: EP

und Stipendien nicht ersetzen, ist Weidenholzer überzeugt.

MdEP Rübig und MdEP Weidenholzer sehen nach wie vor Vorteile der europäischen Einigung: in der Friedenssicherung; der Zugehörigkeit zu einer Wertegemeinschaft; der Steigerung des wirtschaftlichen Wohlstands; die Aussicht auf größere Erfolge bei der Lösung grenzüberschreitender Probleme; in mehr Einfluss in der Außen- und Sicherheitspolitik und dem Wunsch nach guter Nachbarschaft im zusammenwachsenden Europa. Die Vertiefung der europäischen Integration soll in Zeiten globaler Krisen leichter die Probleme lösen helfen, als nationale Alleingänge. Kein europäischer Staat kann die Probleme alleine lösen. Um diese politischen Herausforderungen bewältigen zu können, müssen wir auf mehr Europa setzen.



Die Vortragenden und Organisatoren konnten auf eine sehr erfolgreiche Diskussionsveranstaltung im Bildungszentrum St. Magdalena hinweisen.(v.li.n.re):Mag. Georg Pfeifer, Dr. Franz Seibert, MdEP Dr. Josef Weidenholzer, MdEP Dr. Paul Rübig, Mag. Karl-Heinz Wanka, Dr. Franz Kremaier und Konsulent Josef Bauernberger. Foto: Christa Hofmeister

Goldene Ehrennadel der EFB/UEF Österreichs für den Präsidenten des OÖ. Landtages KommR Viktor Sigl

Viktor Sigl (Jahrgang 1954) ist ein überzeugter Europäer und hat dazu beigetragen, dass unsere Landsleute wissen, welch großen Wert das beeindruckende Friedensprojekt EU hat.

Als Wirtschaftslandesrat von 2003 bis 2013 hat er mit der Informationsstelle des Landes „europe direct“ viel zum Wissen der Bevölkerung über die EU beigetragen.

Er sieht große Chancen fern von Kriegen vergangener Jahrhunderte für unsere Kinder bzw. jungen Menschen, durch dieses Europa sich in einer globalisierten Welt zu behaupten. Sein Slogan dabei: „think global, act local“. Die Internationalisierung Oberösterreichs muss an Dynamik gewinnen, sodass die EU nicht nur als „die in Brüssel“ empfunden wird, sondern Europa auch in den Herzen der Menschen mehr Platz findet.

Sigl wird als Präsident des OÖ. Landtages im Ausschuss der Regionen Oberösterreich in Brüssel vertreten sein und somit das Thema Europa intensiv begleiten. Er will dabei aktiv für unser Bundesland wirken, damit Oberösterreich und seine Menschen ihren positiven Weg in Europa und in der Welt machen.



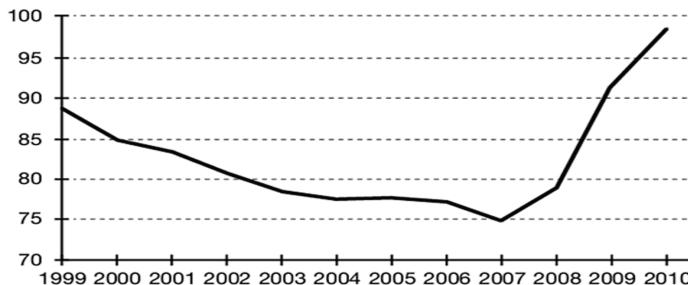
Als Dank und Anerkennung überreichten an den Präsidenten des OÖ. Landtages KommR Viktor Sigl im Namen der Europäischen Förderalistischen Bewegung Österreichs der Vizepräsident der EFB/UEF Österr. Konsulent Ing. Dr. Franz Kremaier (li) und gf Landesobmann der EFB OÖ Konsulent Mag. Dr. Franz Seibert (re) die Goldene Ehrennadel. Wir Europäer gratulieren dazu herzlich!

Eine Währung, mehrere Staaten.

Kann der Euro ohne föderale Strukturen überleben? Eine Analyse von Michael Radhuber*

Mehr als zehn Jahre nach der Währungsumstellung steckt der Euro in einer veritablen Krise, deren Ausgang aus heutiger Sicht noch nicht abschätzbar ist. Einerseits brachte der Euro unwiderlegbare Vorteile im Geschäftsleben mit sich, und ist aus unserem Wirtschaftsleben deshalb auch nicht mehr wegzudenken. Andererseits stürzten zahlreiche EU Staaten einige Jahre nach Einführung der gemeinsamen Währung in eine tiefe Krise mit Arbeitslosenquoten, die man zuletzt zur Zeit der großen Depression der Jahre 1929-32 gesehen hat.

Gemäß der prominenten Meinung zahlreicher Experten und Politiker, die seit Jahren in den Medien den Ton angeben, sei die Wirtschaftskrise in Europa die Folge finanzieller Verantwortungslosigkeit einiger Regierungen, die jahrelang über ihre Verhältnisse gelebt hätten. Jedoch ist dieses Argument für den Großteil der von der Wirtschaftskrise heimgesuchten Nationen schlichtweg falsch. Die Daten des internationalen Währungsfonds zeigen klar auf, dass sich die durchschnittlichen Staatsschulden der 5 „GIPSI“ Staaten Griechenland, Irland, Portugal, Spanien und Italien von 1999 bis 2007 um fast 15 Prozentpunkte verringert haben. Erst nach dem Ausbruch der Wirtschaftskrise im Jahr 2007 stiegen die Staatsschuldenquoten der GIPSI Länder stark an. Die Ursache für die Krise ist also, mit Ausnahme Griechenlands wo die Staatsschulden bereits vor 2008 anstiegen, nicht im verantwortungslosen Umgang mit Steuergeldern auszumachen.



Staatsschulden in Prozent des Bruttoinlandsprodukts: Als Gruppe verbesserten die fünf GIPSI Länder ihre Staatsschuldenquoten vor der Krise (Quelle: Internationaler Währungsfonds)

STRUKTURELLE SCHWÄCHEN DES EURO

Eines der stärksten Argumente für die Einführung einer gemeinsamen Währung in Europa liegt in der Tatsache, dass ein Großteil des internationalen Handels der EU Mitgliedsländer - rund 60% - innerhalb der EU stattfindet. Dieser Punkt war schließlich auch wegbereitend für die Einführung des Euro in zahlreichen EU Ländern im Jahr 1999.

Bereits bei Einführung des Euro entbrannte unter Ökonomen jedoch eine lebhafte Debatte darüber, ob eine gemeinsame Währung in Ermangelung eines gemeinsamen Staatenüberbaus überlebensfähig sei. Zahlreiche amerikanische Ökonomen äußerten sich damals kritisch gegenüber einer Währungsunion ohne europäischen Bundesstaat. Der Grund für die Skepsis lag vor allem in der fehlenden fiskalischen Integration innerhalb der EU, und auch in der im Vergleich mit den USA nur sehr geringen Mobilität der Arbeitnehmer.

So hat ein Wirtschaftseinbruch in einem US Bundesstaat weitaus geringere Konsequenzen für dessen Staatshaushalt, als das in einem

Schwerpunktthema
Wirtschaft, Euro und Europa

EU Land wie Spanien der Fall wäre. Der Grund hierfür liegt in der fiskalischen Integration der US Bundesstaaten mit den Vereinigten Staaten.

Die Sozialversicherungskosten sowie die Kosten der Gesundheitsversicherungen Medicare und Medicaid, Ausgaben für das Militär, für große Infrastrukturprojekte und zahlreiche Behörden werden von der US Regierung getragen.

Anders am Beispiel Spanien: Dort müssen aufgrund der Wirtschaftskrise deutlich gestiegene Ausgaben aus der Sozial- und Arbeitslosenversicherung sowie der Bankenrettung allein aus dem spanischen Staatsbudget finanziert werden. Schließlich kommt es durch die Krise auch zum Vertrauensverlust der Anleger in spanische Staatsschuldspapiere, und der dadurch ausgelöste Zinsanstieg zieht jetzt mehrere Milliarden Euro zusätzlich an Zinsaufwand aus dem Staatsbudget ab - das alles bei stark sinkenden Staatseinnahmen.

Neben der fiskalischen Integration wird auch der Mobilität der Arbeitnehmer in der gemeinsamen Währungsunion große Bedeutung zugemessen. Viele Einwohner von US Bundesstaaten, die in der Krise ihren Job verloren haben ziehen weiter in andere Bundesstaaten mit besseren Jobaussichten, benötigen keine Arbeitslosen- und Sozialhilfe mehr und entlasten dadurch den Staatshaushalt.

Anders in Spanien: In der EU ist die Bereitschaft, in anderen Ländern auf Jobsuche zu gehen, aufgrund sprachlicher und kultureller Barrieren im Vergleich eher gering. Die meisten Arbeitslosen verbleiben im Land und müssen durch Arbeitslosen- und Sozialhilfe unterstützt werden - was den spanischen Staatshaushalt zusätzlich belastet.

Ein Wirtschaftseinbruch in Form eines „asymmetrischen Schocks“ in einem unabhängigen Nationalstaat der heutigen EU bringt also deutlich gravierendere Konsequenzen mit sich, als das im Fall eines Wirtschaftseinbruchs eines Bundesstaates mit fiskalischer Integration und hoher Arbeitnehmermobilität der Fall ist. Früher reagierte man auf Situationen wie in Spanien zumeist mit einer Abwertung der eigenen Währung, um die Wettbewerbsfähigkeit des Landes gegenüber den Nachbarländern zu verbessern. Diese Maßnahmen bleiben einem Land in der Währungsunion jedoch verwehrt. Die Entscheidungshoheit über den Wechselkurs der nationalen Währung liegt nun nicht mehr bei der Nationalbank in Madrid sondern bei der Europäischen Zentralbank (EZB) in Frankfurt. Auch die Finanzierung eines Teils der Staatsausgaben über sozusagen „frisch gedrucktes Geld“ der Nationalbank bleibt Madrid aufgrund des AEUV Vertrages verwehrt.

Im Gegensatz zur amerikanischen oder britischen Zentralbank ist es der EZB nach Artikel 123 des Vertrags über die Arbeitsweise der europäischen Union verboten, Staatsdefizite zu finanzieren.

Spanien befindet sich nun also in einer Zwickmühle: Einerseits ist das Land in finanzieller Hinsicht weiterhin auf sich alleine gestellt, und profitiert nicht von Haftungsgarantien und Transferzahlungen aus Washington, wie das in US-Bundesstaaten der Fall ist. Andererseits hat es alle geldpolitischen Instrumente zur Linderung der Krise im eigenen Land an die EZB abgegeben, und kann nun nicht mehr



Die Konsequenzen von Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit auf den Strassen Athens

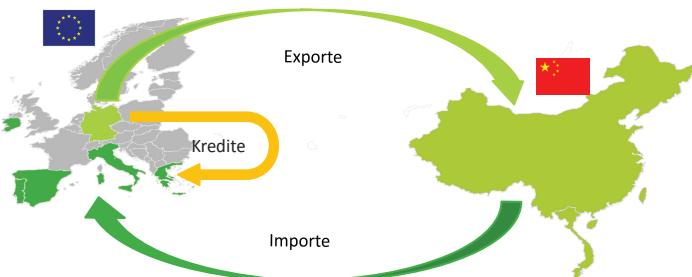
frei über den Wechselkurs der nationalen Währung sowie die Geldmenge im Land entscheiden.

KRISENAUSLÖSER EURO?

Dass der Euro jedoch nicht nur die Bekämpfung der Wirtschaftskrise in den EU Staaten erschwert, sondern sogar einen wesentlichen Beitrag zur Entstehung der Krise liefert hat, unterstreicht eine neue Studie des internationalen Währungsfonds (IWF). Die Studienautoren analysieren darin die Rolle, die der Euro für das Entstehen von Handelsungleichgewichten innerhalb der EU eingenommen hat.¹

In den ersten zehn Jahren der gemeinsamen Währungsunion haben sich die Handelsbilanzdefizite von Griechenland, Irland, Italien und Spanien wesentlich vergrößert. Durch die Zusammenführung von Volkswirtschaften mit unterschiedlichen Produktivitätsraten in einer gemeinsamen Währung, hier insbesondere Südeuropa mit Deutschland, kam es zu einer realen Aufwertung des (dank des Euro nunmehr virtuellen) Wechselkurses in zahlreichen europäischen Nationen - nicht jedoch für Deutschland, das trotz großer Exportüberschüsse seinen Wechselkurs dank des Euro stabil halten konnte. Aufgrund der künstlichen Stabilität des deutschen Wechselkurses erzielt das Land bis heute massive Exportüberschüsse, während in den GIPSIIs und Frankreich Warenimporte durch die relative Aufwertung immer günstiger wurden.

Diese kostengünstigen Importe führten zum Bankrott zahlreicher Unternehmen in Südeuropa und Irland, die dem wachsenden Kostendruck nicht mehr standhalten konnten. Die Verdrängung der eigenen Unternehmen vom Markt endete schließlich in einer Abwärtsspirale, in der sich die Exportquote noch weiter verschlechterte.



Schematisch vereinfachte Darstellung der Warenströme Europa-Asien sowie des Kapitalflusses in Europa

Substanzielle Handelsbilanzdefizite, so wie sie in den GIPSIIs über Jahre verzeichnet wurden, stossen im Normalfall eine Abwertung der eigenen Währung an, was zu einer relativen Verteuerung der Importe führt und somit wieder zu mehr Gleichgewicht in der Han-

delsbilanz beiträgt. Nicht so in der gemeinsamen Währungsunion: Durch die florierende Exportwirtschaft waren deutsche Banken über Jahre in der Lage, die Handelsbilanzdefizite der GIPSI Nationen mit günstigen Krediten zu finanzieren - bis die Schuldenblase dieser Länder schließlich fulminant explodierte. Indem die Einnahmen aus den Exporten nicht im eigenen Land investiert wurden, vermied man in Deutschland auch eine übermäßige Zunahme der Inlandsnachfrage, die wiederum zu einer Steigerung der Löhne und somit einer Verteuerung der deutschen Exporte beigetragen hätte.

Laut UNICEF beträgt die Anzahl der armen Kinder in Griechenland mehr als 600.000, davon sind 300.000 Kinder einer ernsten materiellen Bedrohung ausgesetzt, verfügen also nicht mehr über ausreichend Essen und warme Kleidung.

Dabei waren es in erster Linie nicht die Produkte aus Deutschland, die die Unternehmen in Griechenland, Italien und Spanien vom Markt verdrängten. Die deutsche Wirtschaft exportierte vor allem in Länder außerhalb der Währungsunion, insbesondere nach Zentral- und Osteuropa sowie in den asiatischen Markt. Hier sticht besonders China hervor, dessen Nachfrage nach deutschen Maschinen und Anlagen im Laufe der Jahre stark gestiegen ist. Im Gegenzug stiegen die Exporte aus China und Asien in die fünf GIPSIIs stark an, und auch in der Exportwirtschaft litten die Unternehmen aus den GIPSIIs stark an der asiatischen und chinesischen Konkurrenz. Während sich die Handelsbilanz mit China im Euro Raum insgesamt also eher ausgeglichen darstellt, so bestehen auf Ebene der einzelnen Euro Staaten große Ungleichgewichte im Handelsverkehr mit China und dem asiatischen Markt, die als wesentliche Ursache der Krise in Südeuropa und Irland angesehen werden können.

MIT AUSTERITÄT AUS DER KRISE?

Die offizielle Antwort von nationalen Regierungen, EU und IWF auf die vermeintliche „Schuldenkrise“ in der Union bestand aus der Auflage von Sparprogrammen zur Reduktion der in der Krise nach oben geschnellten Budgetdefizite. Durch die Sparprogramme sollte das Vertrauen der Anleger in die nationalen Märkte wiederhergestellt werden, um so das Wirtschaftswachstum mittels neuer Investitionen wieder anzukurbeln.

Tatsächlich haben diese Sparprogramme zu Massenarbeitslosigkeit, und insbesondere in Griechenland zu einer Verelendung großer Teile der Bevölkerung sowie in manchen Regionen sogar zu einem völligen Zusammenbruch des Gesundheitssystems geführt. Die Armutssquote in Griechenland kann ...Fortsetzung auf Seite 6 mangels zuverlässiger Daten nur mehr

1 Chen, Milesi-Ferretti, Tressel, „External Imbalances in the Euro Area“, WP/12/236, IWF, 2012

geschätzt werden: Laut EUROS-TAT ist mehr als ein Drittel der

Bevölkerung von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht, jeder Fünfte lebt in Griechenland unterhalb der Armutsgrenze - die vor kurzem noch einmal nach unten revidiert wurde, damit die Zahlen nicht ganz so katastrophal aussehen. Große Teile der Bevölkerung leben ohne Sozialversicherung, und in den Spitäler mangelt es an allem – einige Spitäler im Land besitzen nicht einmal mehr frische Spritzen, ganz zu schweigen von lebensrettenden Medikamenten.

In erster Linie stellt sich die Frage, ob im Lichte des vermeintlichen Solidaritätsgedankens innerhalb der EU des 21. Jahrhunderts solch soziale Verelendungen breiter Bevölkerungsschichten wie in Griechenland überhaupt hingenommen werden können. In zweiter Linie die Frage nach der wirtschaftlichen Sinnhaftigkeit dieser Sparprogramme. Gemäß einer ökonomischen Theorie führen die Sparprogramme zwar für einige Jahre zu einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation, sollen jedoch langfristig (nach spätestens 4 bis 5 Jahren) zu einer Beschleunigung des Wirtschaftswachstums in den Schuldenländern beitragen. Diese neoklassische Theorie ist jedoch unter Ökonomen sehr umstritten, und wird inzwischen sogar schon vom internationalen Währungsfonds heftig angezweifelt.² Ein wesentlicher Schwachpunkt dieser Theorie ist auch, daß die Effekte von Armut, Langzeitarbeitslosigkeit, geringerer Bildung und mangelnder Gesundheitsversorgung, die unweigerlich in den Jahren der Sparprogramme auftreten, in der Prognose des langfristigen Wirtschaftswachstums nicht einfließen. Nicht zuletzt haben gerade solche Maßnahmen zum Entstehen der großen Depression mit all ihren fatalen Spätfolgen in den Jahren nach 1929 beigetragen.

Eine neue Studie der Europäischen Kommission unterstreicht nun die negativen Auswirkungen der gemeinsamen Sparanstrengungen in den Euro Ländern auf das Wirtschaftswachstum in der EU und insbesondere in den Euro-Krisenländern.³ Demnach sind es in erster Linie die kumulativen Effekte der gleichzeitigen Sparanstrengungen in allen Euro Ländern, die der Wirtschaft der Krisenländer noch weiteren Schaden zugefügt haben. Die Autoren plädieren daher für ein Ende der Austeritätsprogramme und höhere Staatsausgaben

Zum Höhepunkt der Krise hielt die US Zentralbank „Fed“ fast 16% aller US Staatschuldpapiere, und kaufte bis zu 80% der neu emittierten Staatschuldpapiere des US Finanzministeriums auf. Dadurch konnten Zinserhöhungen für US Staatschuldpapiere weitgehend abgewendet werden.

zur Ankurbelung der Wirtschaft vor allem in den Euro Kernländern – also all jenen Ländern, die keinen so akuten Bedarf zur Konsolidierung ihres Haushaltsbudgets haben wie die fünf GIPSI. Befristete Stimulusprogramme in Zentraleuropa fördern nicht nur die Inlandsnachfrage, sondern unterstützen auch die Exportwirtschaft Südeuropas und Irlands. Damit ist sowohl den Unternehmen in den Krisenländern und den damit zusammenhängenden Arbeitsplätzen als auch den Konsolidierungsbemühungen dieser Länder geholfen. Gemäß den Berechnungen der Autoren hätten befristete Stimulusprogramme in Kerneuropa die Wirtschaftskrise und den damit verbundenen Rückgang der Wirtschaftsleistung in Ländern wie Italien, Spanien und Griechenland um mehr als die Hälfte gelindert.

2 „Will It Hurt? Macroeconomic Effects of Fiscal Consolidation“. Kapitel 3, IWF Oktober 2010 „World Economic Outlook“

3 J. Veld, „Fiscal consolidations and spillovers in the Euro area periphery and core“, in „European Economy“, Economic papers 506, Europäische Kommission, October 2013

KONSEQUENZEN AUS DER KRISE

Es scheint, als schlage mehr als 50 Jahre nach der Unterzeichnung der Römischen Verträge in Europa erneut die Stunde der Föderalisten. Nie zuvor wurden die Defizite in der politischen Struktur der europäischen Union so evident wie heutzutage durch die Eurokrise. Nie zuvor wurde der Zusammenhalt der EU Nationen so in Frage gestellt wie durch die gemeinsame Währungsunion, und die Entwicklungen die der Euro darin ausgelöst hat.

Die gemeinsame Währungsunion wurde am Tisch der politischen Kompromisse geschmiedet, an dem rationale Sachfragen von nationalen Interessen verdrängt wurden. Sie bescherte uns eine Zentralbank, deren Statut von deutschen Interessen geprägt ist. Eine Zentralbank, die im Gegensatz zu ihrer Schwester aus den USA nur Bedacht auf die Preisstabilität, nicht jedoch auf die Arbeitslosigkeit im europäischen Wirtschaftsraum nehmen darf, und die die Staatsdefizite nationaler Regierungen nicht mitfinanzieren kann.

HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN FÜR EINEN STABILEN EURO

- » Reform der EZB und Verschmelzung eines Teils der Staatsschulden (bis 60% BIP) als europäische Staatsanleihen mit solidarischer Haftung.
- » Fiskalische Integration in einem föderalen, subsidiären und demokratischen Europa, mit mehr Eingriffsmöglichkeiten um EU-internen Ungleichgewichten im Handels- und Kapitalverkehr vorbeugen und gegensteuern zu können.
- » EU weite Investitionsprogramme zB. in alternative Energien zur Ankurbelung des Wirtschaftswachstums und Reduktion des CO2 Ausstosses.

Die Idee Jean Monnets der funktionalistischen Integration Europas wird nun der Feuerprobe unterzogen. Als der Euro in Europa eingeführt wurde, waren die Strukturen Europas noch nicht reif für die gemeinsame Währung. Nun steckt der Euro in der Krise, und es stellt sich die Frage, ob das funktionalistische Erbe Monnets zur Schaffung der für das Überleben des Euro notwendigen föderalistischen Strukturen beitragen wird.

Ohne größere Solidaritätsbereitschaft innerhalb der Euro Nationen, ohne einen gemeinsamen Überbau in Form eines föderalen europäischen Bundesstaates wird der Euro langfristig nicht bestehen können. Ohne die heftig diskutierte „Transferunion“ mit einem substantiellen föderalen Staatsbudget wird es nicht gelingen, die wirtschaftlichen Unterschiede zwischen den einzelnen Euroländern soweit auszugleichen, dass der Euro auch im Fall asymmetrischer Schocks auf stabilen Beinen stehen bleibt. Ohne ehrgeizige Maßnahmen zur sozialen, kulturellen und sprachlichen Integration des Euroraumes werden wir nicht den Grad an Arbeitnehmermobilität erreichen, der für eine funktionierende Währungsunion vorausgesetzt wird. Ohne mehr Unterstützungs bereitschaft reicher Euro-Länder zugunsten ärmerer EU Nachbarn gibt es keinen schnellen Ausweg aus der Krise des Euroraumes. Ohne mehr Zusammengehörigkeitsgefühl und Solidarität werden der Euro und Europa nicht bestehen.

*Der Autor Mag.
Michael Radhuber,
Jahrgang 1979, ist
Ökonom an der
Johannes-Kepler
Universität Linz



COMMITTEE ON HUMAN RIGHTS (DROI)

Das European Youth Parliament (EYP) tagte im April 2013 im Aloisianum Linz

Das EYP veranstaltet jährlich eine große Session. In den Jahren 2011 und 2012 fanden diese Sessionen in Wien statt. Das EYP-Österreich ist eine von 36 nationalen Nicht-Regierungsorganisation und besteht seit 1987. Ziel dieser Sessionen ist es, jungen Menschen aus ganz Europa im Sinne politischer Bildung die Förderung demokratischer Entscheidungsprozesse, Sprachkenntnisse und nicht zuletzt den europäischen Gedankenaustausch unter Jugendlichen zu ermöglichen.

Die Session in Linz stand unter dem Motto „Human Rights in a European Context“ zu der um die 150 TeilnehmerInnen aus ganz Europa kamen. Arbeitssprache war Englisch und Französisch.

Die Beratungen fanden in acht Ausschüssen (Committees) statt:

COMMITTEE ON DEVELOPMENT (DEVE)

„Striking a balance: Considering the worsening stance of North Korean Diplomacy, how should the European Union reevaluate its role as a humanitarian assistant for those North Koreans in a permanent state of food crisis?“

Im Rahmen aktueller diplomatischer Spannungen beschäftigte sich das Komitee mit den humanitären Hilfeleistungen der Europäischen Union an Nordkorea.

„Building inclusive societies and addressing discrimination: How should European countries tackle growing discrepancies in attitudes and policies towards LGBT marriage and adoption, in an increasingly diversifying Europe?“

Das Komitee befasst sich mit den Heirats- und Adoptionsrechten homosexueller, bisexueller und transsexueller Menschen.

COMMITTEE ON INTERNAL MARKET AND CONSUMER PROTECTION (IMCO)

„Water is not just H₂O, water is life!“ With recent Commission proposals to privatise European water supplies, and the assertion that water is a basic human right, should the EU continue down the road of water privatisation?“

Im Angesicht aktueller Vorschläge der Europäischen Kommission beschäftigte sich das Komitee mit dem „Menschenrecht Wasser“ sowie der Privatisierung der Wasserversorgung.

WEITERE KOMITEES

Zahlreiche weitere Kommiteses, wie das Committee on Constitutional Affairs (AFCO) oder das Committee on Women's Rights and Gender Equality (FEMM) runden das Programm ab.

Jede(r) TeilnehmerIn musste sich im Vorhinein für ein Komitee entscheiden und sich auf das Thema des jeweiligen Komitees vorbereiten. Die Ergebnisse der Komiteearbeit bzw. die erarbeiteten Resolutionen, wurden beim Abschlussplenum bzw. der Generalversammlung im Steinernen Saal des Linzer Landhauses vorgestellt.



Ein Großaufgebot an Organisationskräften engagierte sich für einen guten Ablauf der EYP – Session für die rund 150 TeilnehmerInnen. Es halfen mit (v.li.n.re): Christoph Diensthuber, Julia König, Manfredi Danielis, Marc Fischer, Inès Kahnoussi, Jelena Stevanović und Lia Pachler als Hauptverantwortliche, Teresa Gisinger, Sebastian Hojas, Irene Elena Bertuzzi, Nina Thomic, David Rauch, Patrik Bruscheck und Sarah Streicher (nicht im Bild)



Für die mediengerechte Aufbereitung Ergebnisse der EYP – Ausschussarbeit, stand ein dynamisches Media Team des Austrian Youth Summit Linz 2013 unter der Leitung von Karin - Liis Lahtmäe aus Estland zur Verfügung. Zum Team gehörten (hintere Reihe v.li.n.re): Mario Anderhub (CH), Ieva Pastare (LV), Marek Navratil (CZ), Andre Tamm (LV) - Editorial Assistant; (2. Reihe): Miriam Dusej (CH); (1. Reihe) Heiko Brantsch (DE) - Video Editor, Karin-Liis Lahtmäe (EE) - Editor, Johanna Ebner (AT), Jenni Röynä (FI), Felicitas Strauch (DE).



Herr Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer und MEP Univ. Prof. Dr. Josef Weidenholzer sowie BM a. D. Dr. Andrea Kdolsky empfingen am 29. April die 150 TeilnehmerInnen des EYP 2013 im Landhaus in Linz. Der Landeshauptmann appellierte in seiner Grußrede, dass junge Leute an Europa beibehalten sollten, weil vor allem die EU nachhaltig den Frieden in Europa garantieren kann. Aktive Beteiligung (active citizenship) und Engagement für Europa in den Regionen wird jedoch dafür dringend gebraucht. Die aktive Teilnahme an der EYP-Session 2013 in Linz ist ein wichtiger Mosaikstein. Foto: OÖ Landespresso

Sicherheit.

Eine unserer Stärken.

Dr. Franz Gasselsberger, MBA, Generaldirektor Oberbank AG

DIE OBERBANK IST AUCH IN UNSICHEREN ZEITEN EIN STARKER PARTNER.

Heute kommt es mehr denn je darauf an, welcher Bank man sein Geld anvertraut. Unternehmen und PrivatkundInnen wollen ihre Einlagen sicher aufgehoben wissen. Bei einer Bank, die Sicherheit und Stabilität zu ihren Prinzipien zählt. Die Oberbank tut dies bereits seit Anbeginn. Das macht sie seit 144 Jahren zum starken Partner einer starken Wirtschaft. **Oberbank. Ein bisschen mehr als eine Bank.**



Bezahlte Anzeige

Generalversammlungen der Europäischen Föderalistischen Bewegung (EFB), des Bundes Europäischer Jugend (BEJ) OÖ. und des Europahauses Linz.

Am 16. November 2013 fand im Bildungszentrum St. Magdalena bei Linz die Generalversammlung der Europäischen Föderalistischen Bewegung (EFB) Oberösterreichs, des Europahauses Linz und des Bundes Europäischer Jugend (BEJ) statt, bei der das Vorstandsteam für wiederum vier Jahre bestätigt wurde.

Zum Landesobmann der EFB OÖ. wählten die Delegierten Wirtschaftskammerpräsident Dr. Christoph Leitl und zum geschäftsführenden Landesobmann MMag. Dr. Franz Seibert. In den Vorstand als Landesobmann Stv. wurden Stadträtin KommR Susanne Wegscheider, KommR Mag. Dr. Gerhard Stürmer, Prof. Mag. Klaus Starzengruber und Reg.Rat Heinz Merschitzka für die nächsten vier Jahre gewählt.

Bei der BEJ OÖ. Generalversammlung bekam Landesobmann Mag. Michael Radhuber für weitere vier Jahre das Vertrauen.

Die Generalversammlung des Europahauses Linz wählte am 16. November den Vorstand mit LH Stv. a.D. Konsulent Fritz Hochmair als Vorsitzenden und Konsulent Dr. Franz Kremaier als geschäftsführenden Vorsitzenden und die stv. Vorsitzenden Dr. Kurt Pieslinger und Roswitha Weiss für weitere vier Jahre.

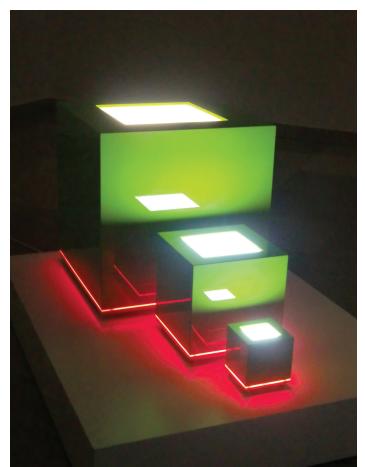
Für beide Vereinigungen wurde Konsulent Josef Bauernberger, der in bewährter Weise die Büroorganisation lenkte, zum Organisationsreferent wiedergewählt. Wir Europäer gratulieren dazu sehr herzlich.

„Figur im Licht“

Im Club der Galerie der Dr. Ernst Koref Stiftung präsentierte die Fotokünstlerin Helma Coenen ihre Werke im Herbst 2013. Ihre Gedanken zur Bilderwelt sind geprägt von Leidenschaft der Linie – Magie der Malerei – Faszination der Figur. Ihr Talent ist vielschichtig, ihre Ausbildung umfangreich, ihr Umsetzungsvermögen sowohl in technischer, als auch gestalterischer Hinsicht eindrucksvoll, wie das Titelbild zeigt. In ihrem breiten bildnerischen Spektrum ist jedoch der Mensch ein zentrales Thema. Die menschliche Figur ist unbestritten unerschöpfliches Motiv für Coenens expressive, aussagestarke Bilder, egal welchen maltechnischen Mediums sie sich bedient.

Auch der Berliner Künstler Stefan Bechert stellte vom 17. Sept. bis 11. Oktober 2013. im Club der Galerie der Dr. Ernst Koref Stiftung seine Lichtskulpturen – Lichtobjekte aus (Foto).

Mit seinen Lichtskulpturen und Lichtobjekten ergründet Bechert auf spielerische Weise die Wechselwirkung zwischen Farbe und Licht, immer auf der Suche nach unvereinbaren Gegensätzen, die dann in seinen Werken eine unerwartete Verbindung eingehen. Dabei stößt Bechert den Betrachter gerne auf Probleme, die ihn die Grenzen der Wahrnehmung erkennen lassen. Im Spiel mit dessen Erwartungshaltung und Assoziationen lotet er das dadurch freigesetzte Potential der optischen Täuschung aus.



MERITÉ EUROPÉEN FÜR DR. FRANZ SEIBERT

Die im Jahre 1970 vom französischen Rechts- und Wirtschaftswissenschaftler Dr. Dr. Francois Visine in Luxemburg ins Leben gerufene Stiftung hat das Ziel, engagierte Europäer mit dem Orden Merite Européen zu ehren, die sich für die Vereinigung der europäischen Völker in Freiheit, Frieden und Brüderlichkeit besonders einsetzen und an der Weiterentwicklung eines europäischen Bewusstseins arbeiten.

Dr. Franz Seibert (Jahrgang 1948) engagierte sich schon mit 17 Jahren für ein föderalistisches Europa als Mitbegründer des sogenannten „Europaclubs Linz“ im Jahre 1965. Ab 1968 war er im Vorstand des Bundes Europäischer Jugend (BEJ) Oberösterreichs aktiv und 1976 Landesobmann des BEJ OÖ. Seit 1989 leitet er als geschäftsführender Landesobmann der Europäischen Föderalistischen Bewegung (EFB) OÖ. die Arbeit dieser Organisation. Dazu gehörte die Durchführung des jährlichen Europatages um den 9. Mai, Mitarbeit beim Politischen Programm der EFB Österreichs und bei den Veranstaltungen der EFB OÖ, sowie die Herausgabe der Zeitschrift WIR EUROPÄER (WE).

Ab dem Jahr 2000 arbeitete Franz Seibert an diversen Schulprojekten mit Rumänien, Bulgarien und der Slowakei im Rahmen des COMENIUS Programmes mit.



Im Rahmen der Abendveranstaltung am 16. Nov. 2013 im Bildungszentrum St. Magdalena bei Linz wurde dem gf. Landesobmann der Europäischen Föderalistischen Bewegung Oberösterreichs Konsulent Mag. Dr. Franz Seibert der Orden Merite Européen in Silber verliehen. Der Ehrenpräsident der EFB Österr. Max Wratschgo (re) überreichte die hohen Auszeichnungen. Wir Europäer gratulieren unserem Franz dazu sehr herzlich. Foto: Christa Hofmeister

Goldene Ehrennadel der EFB/UEF Österreichs für Bürgermeister Dr. Franz Dobusch

Am 15.12.1975 wurde Dobusch bei der Generalversammlung des BEJ zum Finanzreferenten gewählt und setzte sich damit auch als engagierter Europäer verstärkt für den europäischen Einigungsgedanken ein.

Nachdem er 1988 Bürgermeister von Linz wurde und viel Europaarbeit für Linz leistete, bekam er am 21. Nov. 1990 die Ehrenplakette des Europarates (ER) für die Stadt Linz vom Honorarnmitglied der Parl. Versammlung des ER Ing. Dr. Franz Beck überreicht. Am 22. Okt. 1994 erhält die Stadt Linz die höchste Auszeichnung des Europarates, nämlich den Ehrenpreis des Europarates, der durch Vizepräsidenten der Parl. Versammlung des ER Lord Newall im Design Center überreicht wurde. Im Jahr 2009 war Linz Europäische Kulturhauptstadt. Bgm. Dobusch unterstützt die föderale Europabewegung auch in finanzieller Hinsicht durch die Gewährung von Subventionen.



Als Dank und Anerkennung überreichten an Bgm. Dr. Franz Dobusch im Namen der Europäischen Föderalistischen Bewegung Österreichs der Vizepräsident der EFB/UEF Österr. Konsulent Ing. Dr. Franz Kremaier (re) und Konsulent Josef Bauernberger (li) die Goldene Ehrennadel. Foto: Pressedienst Stadt Linz

Wir Europäer gratulieren ihm dazu sehr herzlich!

Im Rahmen der Europatagfeier gab es noch einen weiteren feierlichen Anlaß. MdEP Dr. Paul Rübig wurde am 6. Mai 1953 geboren, ideal seinen 60iger gebührend zu feiern. Zahlreiche Gratulanten stellten sich ein, so u.a. (v.l.n.r) Gf. FFB-Landesobmann Dr. Franz Seibert, Konsulent Josef Bauernberger, Dr. Antonio Tajani, Vizepräsident der Europäischen Kommission und Industriekommissar, Dr. Franz Kremaier, GF Europa-haus Linz. Foto: S. Haböck



„Realwirtschaft, Innovation und Kreativität“

Dr. Antonio Tajani, Vizepräsident der Europäischen Kommission, über Wachstumstrategien für Europa

Europatagfeier in Linz am 6. Mai 2013 im Zeichen von Wachstumsstrategien für unser Europa:

Europa braucht für mehr Wachstum Rückbesinnung auf Wertschöpfung und Wettbewerbsfähigkeit - Industrie sichert Wohlstand und sozialen Frieden im größten Wirtschaftsraum der Welt - Produktionsfaktoren Energie und Arbeit müssen auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene stärker in den Fokus gerückt werden

„Wir sollten nicht immer nur über die Probleme Europas und des Euro sprechen, sondern uns im Kopf wieder freimachen und einen positiven Zukunftsplan für Europa entwickeln,“ so Außenminister Dr. Spindelegger in seiner Rede zur Europatagfeier. Er richtete einen Appell an alle jungen Österreicherinnen und Österreicher, sich aktiv an der Weiterentwicklung Europas zu beteiligen. Dafür bräuchte die junge Generation Optimismus und „Freiheit im Denken.“

binden. Er schlug vor, künftig den Kommissionspräsidenten direkt wählen zu lassen.

DI Klaus Pöttinger, Präsident der Industriellenvereinigung OÖ appellierte für eine Reindustrialisierung Europas: „Europa sieht sich mit einer Abwanderung der Produktion in andere Weltregionen wie Asien und USA konfrontiert. Wir wissen heute, dass eine Industriequote von über 20 Prozent, besser noch 25 Prozent, die Grundlage für das Prosperieren eines Wirtschaftsraumes ist“,

KommR Dr. Rudolf Trauner, Präsident der Wirtschaftskammer OÖ sieht den Europatag 2013 im Zeichen von Wachstum, Beschäftigung und Standortsicherung. Gerede in schwierigen Zeiten gilt es, ein Zeichen und Bekenntnis zu unserem gemeinsamen Europa zu setzen. Eine zentrale Antwort liegt in einer Stärkung des Standorts Europa und seiner Wirtschaft und Industrie durch eine Realwirtschaft mit einer starken Produktions- und Exportorientierung.

Dr. Wolfgang Eder, CEO der voestalpine AG und Präsident der Europäischen Eisen- und Stahlindustrie (EUROFER) stellte fest, dass sich Europa mit seiner Industrie in einer Phase tiefgreifenden Wandels befindet, dem die bisherigen wirtschaftspolitischen Lösungsansätze und Mechanismen nicht mehr gerecht werden. Es bedarf eines neuen Verständnisses von Industrie- und damit Wachstumspolitik, einer langfristigen Vision des Wirtschaftsstandortes Europa im globalen Kontext und vor allem eines koordinierten, ambitionierten und konsequen-

ten politischen Willens in der Umsetzung. Künftiger Wohlstand wird ohne eine entsprechende Entwicklung der Realwirtschaft nicht darstellbar sein. „Wir leben derzeit in Europa in hohem Maß von der Substanz. Im Spannungsfeld zwischen der Forderung nach immer mehr Wohlstand einerseits und einer zunehmend kritischeren Sicht der Realwirtschaft andererseits hat sich eine veritable Sinnkrise entwickelt, die nicht nur die Industrie, sondern auch die politischen Institutionen Europas erfasst.“, so Eder.

Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer hielt dabei fest: „OÖ ist Dank schnellem und entschlossenem Entgegensteuern gut aus der Wirtschaftskrise Mitte 2008 herausgekommen, jetzt müssen wir einen Gang höher schalten. Die Politik ist nicht nur Gestalter der Rahmenbedingungen für ein unternehmensfreundliches Umfeld sondern auch Wegbegleiter.“

EU-STRATEGIE OBERÖSTERREICH 2014 – 2020

Das Land OÖ ist maßgeblich und federführend in grenzüberschreitende europäische Aktivitäten und Programme eingebunden - etwa im Rahmen der Europaregion Donau-Moldau, deren Geschäftsstelle in Linz angesiedelt ist, und durch die aktive Mitwirkung an der EU-Donauraumstrategie. Letztere soll in der nächsten EU-Programmperiode in einem ETZ-Programm („Danube Programme“) an Gewicht gewinnen. Diese europäischen Aktivitäten und Programme (ETZ = Europäische Territoriale Zusammenarbeit) bewirken eine intensive überregionale Sichtbarkeit (Veranstaltungen, Konferenzen, gesellschaftliche Kontakte etc.). Wirtschafts- und innovationspolitische Fragestellungen spielen dabei naturgemäß eine große Rolle. Dieses Chancenpotenzial soll auch für Oberösterreich in bestmöglichster Weise erschlossen werden.

Dr. Antonio Tajani, Vizepräsident der Europäischen Kommission und Industriekommissar knüpfte den Erfolg der europäischen Strategie an eine gute Zusammenarbeit

DIE KRISE IST NICHT DURCH DIE RÜCKKEHR ZUM NATIONALSTAAT ÜBERWINDBAR

Spindelegger monierte, dass es zurzeit viele Unzufriedene in Europa gebe. Nach der Eurokrise und der zu hohen Staatsverschuldung gehe es jetzt darum, das Vertrauen beim Bürger wieder zu gewinnen. Die Einhaltung der Fiskalpolitik und das Sparen seien weiterhin notwendig, und so mahnte Spindelegger auch Europa zu einer sparsamen Haushaltspolitik: „Klug sparen, richtig investieren. Für ein solides europäisches Fundament brauchen wir Wachstum,“ so der Vizekanzler.

MEHR MITSPRACHE FÜR DIE BÜRGER NOTWENDIG

Damit die Bürger der EU-Staaten auch das Gefühl haben, persönlich Europa mitgestalten zu können, möchte Spindelegger die Bürger stärker als bisher durch Wahlen ein-

von europäischen Institutionen, nationalen Behörden und Industrieunternehmen. Dazu müssen alle Beteiligten für eine partnerschaftliche Gemeinschaftsaktion mobilisiert werden. Ganz vorrangig, müssen wir die Realwirtschaft in den Mittelpunkt unserer Initiativen stellen, ebenso wie den Führungsanspruch Europas in industrieller Innovation und Kreativität. Die EU –Kommission hat dazu prioritäre Maßnahmen vorgeschlagen, um Investitionen in neue Technologien zu fördern, um die Rahmenbedingungen für Unternehmen zu verbessern und um den Zugang zu Märkten und Finanzen zu fördern. Letzteres gilt insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen (KMU). Seit März 2013 steht das Grünbuch über die langfristige Finanzierung der Wirtschaft im Rahmen einer öffentlichen Konsultation einer breiten gesellschaftlichen Diskussion offen. Insbesondere geht es hier darum, wie langfristige Finanzierungen von Infrastruktur oder großen Projekten gefördert, verbessert und diversifiziert werden könnten.

Dr. Paul Rübig, Mitglied des Europäischen Parlaments sieht Wachstum und Jobs durch Forschung, Unternehmergeist und Wettbewerbsfähigkeit gewährleistet.

SCHWERPUNKTSETZUNG DES EU-PARLAMENTS FÜR ROHSTOFFVERSORGUNG EUROPAS

- » Rohstoffzugang außerhalb der EU durch Rohstoff-Diplomatie und Verträge mit Drittländern
- » Innerhalb der EU soll der Rohstoffabbau nach klaren Kriterien gewährleistet werden
- » Gleichzeitig soll das Recycling und die effiziente Verwendung von Rohstoffen vorangetrieben werden

In einer globalisierten Wissensgesellschaft, in der aufstrebende Staaten außerhalb Europas viel in Bildung und Forschung investieren, muss die EU verstärkt die Forschungszusammenarbeit fördern und Investitionen in Entwicklung und Innovation in Europa vorantreiben. Gerade österreichische Forschungseinrichtungen wie Universitäten und Institute, aber auch Entwicklungsabteilungen von Unternehmen können so von einem starken europäischen Forschungsnetzwerk profitieren. Der Bogen spannt sich von Entwicklungen im Energie - und Rohstoffbereich bis hin zu den rasanten Fortschritten bei Medizin - und Biotechnik.

Für den Unternehmergeist ist es wichtig, bürokratische Hürden für bestehende Unternehmen, besonders aber für junge und neugegründete Unternehmen zu beseitigen. Auf europäischer Ebene sollen verschiedene Programme sicherstellen, dass Unternehmerinnen und Unternehmer in Europa ihr

Potential frei entfalten können. „Es ist Aufgabe der Politik, Barrieren und bürokratische Hürden aus dem Weg zu räumen, damit leistungs- und risikofreudige Unternehmer Jobs schaffen können“, betont Rübig.

Entscheidende Faktoren beim Thema Standortsicherung bzw. Wettbewerbsfähigkeit sind neben den nationalstaatlich geregelten Steuern und Abgaben - hier muss den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern durch niedrigere Steuern mehr netto von ihren Einkommen bleiben - auch die zwei großen und gerade für die Industrie so wichtigen Bereiche der Energie und Rohstoffversorgung. Energieversorgung zu leistungsfähigen Preisen ist die Voraussetzung für unseren Wohlstand. Europa braucht einen integrierten Energiemarkt, mit intelligenten Netzen für die erneuerbare Energie, neuen Strukturen, gemeinsamen Marktregeln und gesteigerter Energieeffizienz. Die Staaten der EU sind zu bis zu 80% von Rohstoffimporten abhängig - Tendenz steigend.

WKÖ-Präsident Dr. Christoph LEITL betonte, dass Europa trotz Wirtschaftskrise mit seinen 500 Millionen Konsumenten und einer Wirtschaftsleistung von 12 Billionen Euro der weltweit größte Binnenmarkt und

Exporteur ist. Die Konstruktionsmängel des Euro müssen wir beheben und EU auf ein neues, stärkeres Fundament stellen. „Die österreichische Wirtschaft wünscht und braucht mehr und ein besseres Europa“, so Leitl. Österreich als kleines Land profitiert besonders stark von der europäischen Integration. Das IHS hat errechnet, dass ein Zerfall des Euro mehr als 100.000 Arbeitsplätze zerstören würde und viel teurer käme als die jetzigen Reparaturkosten.

So, wie Europa aus vergangenen Krisen immer gestärkt hervorgegangen sei, müsse die jetzige Situation nach dem Motto „never waste a good crisis“ sinnvoll für „mehr“ und für ein „besseres“ Europa genutzt werden, fordert Leitl.“ Manche Lektionen hätten die EU-Regierungen gelernt, wie etwa die Einrichtung des permanenten Rettungsschirms ESM, der Fiskalpakt, sowie die geplante Einführung einer Finanztransaktionssteuer in vorerst zumindest 11 Staaten zeigen.

Klar sei jedoch auch, dass der europäische Weg nur dann auf Dauer erfolgreich sei, wenn die Bürger mit im Boot sind. „Europa hat als Projekt der Eliten begonnen, es muss nun zu einem Projekt der Menschen werden. Europa erklären und über Europa zu informieren ist daher eine Aufgabe, die uns alle - und zu allen Zeiten – angeht“, so Leitl abschließend.

40 Jahre ÖDK im Dienste der Völkerverständigung

Eine kulturelle Bildungsinitiative von europäischem Format kann eine hervorragende Bilanz ziehen.

Mit einem Goethe-Abend feierte am 8. Mai 2013 im Steinernen Saal des Linzer Landhauses die Österreichisch – Deutsche – Kulturgesellschaft (ÖDK) Sektion OÖ ihr 40jähriges Jubiläum.

Bei der Gründung am 14. Mai 1973 wurde mit der Lesung der Schauspiellegende Will Quadflieg ein kultureller Paukenschlag gesetzt. In prominenter Besetzung ging es all die Jahre mit Künstlern, Politikern, Wissenschaftlern und Sportlern weiter, wie zum Beispiel Winifrid und Wolfgang Wagner, Gottfried von Einem, Otto Hahn und Rudolf Kirchschläger, um einige Persönlichkeiten zu nennen.

In seinem Festvortrag rezitierte der em. o. Univ.-Prof. Dr. Herbert Zeman und Präsident der Österreichischen Goethe-Gesellschaft über die universale Weite und den europäischen Geist in Goethes Botschaft an unsere Gegenwart. Musikalisch begleitet wurde der Abend von Kammersängerin Ildikó Raimondi (Sopran) und von Julius Zeman am Flügel mit Liedern von Mozart, Beethoven, Tomaschek, Schubert und Richard Strauss.

Landeshauptmann Dr. Pühringer bedankte sich in seiner Festrede bei der ÖDK OÖ für die beachtlichen Aktivitäten im Sinne der Kulturbeziehungen mit Deutschland, für 40 Jahre ehrenamtliche Arbeiten in freundschaftlichem Miteinander von Menschen aus Oberösterreich, Österreich und Deutschland in einem Europa der Regionen.

Im Rahmen dieses feierlichen Abends erhielt der Vorstandsdirektor der voestalpine Stahl GmbH Peter Ackerlauer die Kulturmedaille des Landes OÖ. von Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer überreicht.

Ackerlauer hat mit seinem Engagement als Vizepräsident der Österr. Deutschen Kulturgesellschaft und als Präsident des Vereins zur Förderung des Ziesterzienserstiftes Hohenfurth der Kultur der grenzüberschreitenden zwischenmenschlichen Zusammen im Sinne gemeinsamer Ziele große Dienste erbracht.



Unter den Gästen des Festabends Landeshauptmann Dr. Pühringer mit Peter Ackerlauer und Prof. Dr. Zeman. Foto: Kraml, OÖ Landespresseidienst

Hellas revisited

Ein Kommentar von MdEP Dr. Joe Weidenholzer über den Aufenthalt in Griechenland anlässlich der Gründung der griechischen Schwesterorganisation der Volkshilfe im Sommer 2013

Samstagnachmittag: Ich bin auf dem Heimflug von Athen, der bald in eine Zugfahrt nach Oberösterreich übergehen wird. Ich freue mich auf ein (verkürztes) Wochenende, noch dazu, wo mich mein Horoskop – an das ich zwar prinzipiell nicht glaube – wissen lässt, dass es mir „mehr als nur gut“ tun würde, mir „mehr Zeit für die Familie zu nehmen“ und dass ich „so richtig ausspannen“ sollte. Ich werde mich dem Hinweis mit großem Enthusiasmus zuwenden, weil ich ob der Erlebnisse der vergangenen Tage in guter Stimmung bin. Drei Tage, genau gesagt zwei halbe und einen ganzer Tag, war ich nun in Griechenland. In einem Land, das ich über alles liebe, und mit dem mich wunderbare Erinnerungen verbinden. Ein Land, das zum Synonym für die gegenwärtige europäische Krise geworden ist.

Am Donnerstag bin ich nach der Plenarsitzung des EP in Straßburg Richtung Athen geflogen, weil ich unbedingt dem Drängen meines langjährigen Freundes Lambros Moustakakis folgen wollte, der bei der oberösterreichischen Volkshilfe beschäftigt ist. Seit Ausbruch der Griechenlandkrise hatten wir darüber diskutiert, die Gründung einer Schwesterorganisation der Volkshilfe in Griechenland zu betreiben. Ein Projekt neben vielen anderen zunächst. Lambros erinnerte mich, dass ich ihm ungefähr vor einem Jahr direkt aus einer Sitzung der S&D Fraktion im EP, bei der es wieder einmal um das leidige Griechenlandthema ging, eine SMS schickte, dass wir das jetzt endlich angehen sollten. Er hatte in der Zwischenzeit Leute um sich gesammelt und sie dafür interessiert, aktiv zu werden, „Ownership“ über die Vorgänge in ihrem Land zu übernehmen. Ich war angetan von der Gruppe, die mich die ganze Zeit über begleitete: Alles Menschen, denen es im Vergleich zum Rest der Bevölkerung gut geht: Anwälte, Freiberufler oder Kleinunternehmer. Allesamt Demokraten, die besorgt sind, dass die aus dem Nichts zu Gewicht gelangten Neonazis politischen Einfluss erlangen könnten. Humanisten, die es nicht hinnehmen wollen, dass die mehr als eine Million „irreguläre“ Zuwanderer als Menschen zweiter Klasse behandelt werden. Allesamt Patrioten, die ihr Land lieben und deshalb mit Überzeugung pro-europäisch sind. Realisten, die sehen, welche desaströse Ergebnisse die Austeritätspolitik der Troika zeigt und die ganz klar wissen, dass es vor allem an Griechenland liegt, das bisherige Verständnis von „governance“ drastisch zu verändern. Menschen, die als Bürger ak-



tiv werden und Verantwortung für das Gemeinwesen unternehmen wollen. Manche von ihnen sind von der Politik enttäuscht und haben sich trotzdem ihre linken Träume nicht nehmen lassen. Sie erinnern sich an Lambrakis, an den Kampf gegen die Obristen und leiden darunter, dass die griechische Politik, deren Idealen sie einst anhingen, zu einem klientelistischen Selbstbedienungsbetrieb degenerierte.

Vor allem leiden sie an der gegenwärtigen Situation in Griechenland, an der scheinbaren Ausweglosigkeit und daran, dass alles zum Stillstand zu kommen scheint: Mehr als ein Viertel der Bevölkerung bzw. fast drei Viertel der Jugendlichen sind arbeitslos. Liegenschaften sind wertlos, überall ist an den leeren Geschäftslokalen zu lesen, was zu vermieten bzw. zu verkaufen ist. Sie wollen es nicht hinnehmen, dass sich die Armut ins Herz der Gemeinschaft frisst und Familien zerstört. Dass Menschen, wenn sie krank sind, keinen Zugang zum Gesundheitssystem finden und dass der Hunger immer häufiger zum alltäglichen Begleiter wird. Wir hatten viele Gespräche mit Politikern auf nationaler wie auf kommunaler Ebene, trafen Betroffene und Experten. Nicht nur um die schlimme Situation zu beklagen, sondern auch, um nach Wegen aus dem Dilemma zu suchen. Sie wollen sich engagieren, sie wollen ihrem Land dienen, freiwillig und ohne finanzielle Interessen. Sie wollen es tun, weil sie wissen, dass sie mit ihrer Parteinahme für das Gemeinwohl andere anstecken werden. Ich bin sehr stolz, dass sie sich dazu in der griechischen Volkshilfe zusammengefunden haben und dass sie von unseren Erfahrungen lernen und unseren Rat suchen wollen.

Vielleicht ist es doch nicht unvermeidlich, dass in Europa alles nur zum Negativen gerät. Vielleicht lässt sich doch etwas bewegen.

IMPRESSIONUM

OFFENLEGUNG

Grundlegende Richtung von „Wir Europäer“ ist die Förderung aller Bestrebungen zur friedlichen Integration Europas.

MEDIENINHABER

Europäische Föderalistische Bewegung und Bund Europäischer Jugend OÖ.,
Europahaus Linz

HERAUSGEBER

Vorstand der EFB OÖ.

VERLAGSLEITER

Dr. Franz Seibert

REDAKTION

Dr. Franz Kremser, Josef Bauernberger,
alle 4010 Linz, Postfach 384.

DRUCK

Trauner Druck GmbH & Co. KG,
Linz

MAIL

europahaus.linz@gmail.com

Homepage

[http://www.dieeuropahaeuser.at/
program.htm](http://www.dieeuropahaeuser.at/program.htm)

Erscheinungsort Linz

DVR: 064 86 55

Sponsoring Post

Verlagspostamt 4020 Linz

GZ02Z033982S